Die Mitglieder der BID:  
  
**BFW** Bundesverband   
Freier Immobilien- und  
Wohnungsunternehmen

**DDIV** Dachverband Deutscher  
Immobilienverwalter  
  
**GdW** Bundesverband deutscher  
Wohnungs- und  
Immobilienunternehmen  
  
**IVD** Immobilienverband Deutschland  
Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen  
  
**vdp** Verband deutscher   
Pfandbriefbanken  
 **ZIA** Zentraler Immobilien Ausschuss

**BID - Medieninformation** vom 22.09.2017

**BID Bundesarbeitsgemeinschaft   
Immobilienwirtschaft Deutschland**  
  
c/o ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.  
Unter den Linden 42  
10117 Berlin

[www.bid.info](http://www.bid.info)

Leiterin BID-Büro:  
Gesa Broers  
Tel.: 030 / 20 21 585 - 41  
Mobil: 0173 / 596 70 86  
[gesa.broers@bid.info](mailto:gesa.broers@bid.info)

Pressekontakt:  
André Hentz  
Stv. Pressesprecher des ZIA

Tel.: 030 / 20 21 585 - 23   
[andre.hentz@zia-deutschland.de](mailto:andre.hentz@zia-deutschland.de)

**Reformbedarf beim energie- und klimapolitischen Steuerungssystem für den Gebäudesektor**

**Berlin, 22. September 2017.** Die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland hat auf Basis eines Gutachtens weitere Vorschläge unterbreitet, wie die Energiewende im Gebäudesektor vorangetrieben werden kann. Sie wird damit ihrem Anspruch gerecht, im Rahmen der Innovationspartnerschaft im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen, Forschungsprojekte für die Klimaschutzpolitik auf den Weg zu bringen.

So kommt ein Gutachten der TU Darmstadt im Auftrag der BID zu dem Ergebnis, dass innerhalb des energie- und klimapolitischen Steuerungssystems für den Gebäudesektor in Deutschland erheblicher Reformbedarf bestehe. Aktuell wird die Energiewende im Gebäudesektor über eine Primärenergieanforderung, die Effizienz der Gebäudehülle sowie den Einsatz erneuerbarer Energien gesteuert. Das Gutachten kommt jedoch zu dem Schluss, dass für die Umsetzung der Energie- und Klimapolitik im Gebäudesektor die technischen Möglichkeiten nicht entscheidend sind, weil der Engpass bei Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit liegt. Die gegenwärtige Steuerungssystematik steht in Konkurrenz zu diesen anderen Schutzgütern, bildet diese Konflikte jedoch nicht ab.

„Das Gutachten bestätigt das, was die Immobilienwirtschaft und ihre Akteure bereits seit langem einfordern“, sagt Dr. Andreas Mattner, Vorsitzender der BID und Präsident des ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss. „Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit wird seitens der Politik durch zu lange Amortisationszeiten ausgehöhlt und muss endlich vernünftig zur Anwendung kommen. Dieses ist ebenso eine zentrale Säule für den Erfolg der Energiewende in Deutschland wie das Prinzip der Technologieoffenheit.“

In der Folge hieße dies laut Gutachten, dass die bisherige Nebenbedingung der Wirtschaftlichkeit der Energieeinsparung zur Zielfunktion modelliert werde. Damit ginge es nicht mehr allein wie bisher um die technisch beste Lösung, sondern um die aus Sicht der Betroffenen kostenoptimale beziehungsweise Mehrwert stiftende Lösung mit dem Ziel, den Beitrag der Akteure zur Energiewende zu steigern. Nur so sei die Steuerung im Gebäudesektor kosteneffizient und effektiv. Zudem werde durch die ehrgeizigen Ziele für den Gebäudesektor der soziale Zusammenhalt herausgefordert. Auch dieser Aspekt sollte zukünftig mehr Berücksichtigung erfahren.

„Die Verschärfungen im Bereich der Klimaschutz- und Energiepolitik sind ein erheblicher Treiber der Herstellungskosten und tragen so entscheidend zur Unwirtschaftlichkeit einiger Maßnahmen bei“, so Mattner. „Die Akteure, auf die es letztlich ankommt, die Energiewende auch umzusetzen, bleiben jedoch größtenteils unberücksichtigt.“

Das Gutachten schlägt daher vor, für eine nachhaltige Steuerung der Energiewende die Perspektiven der handelnden Akteure angemessen einzubeziehen. Untersucht werden sollten die Indikatoren Treibhausgasminderung und Endenergie, wobei insbesondere die tatsächlich eintretenden finanziellen Effekte berücksichtigt werden müssten. Erforderlich sei ein Ansatz, der den Klimaschutzbeitrag von Strategien und Maßnahmen im Gebäudebestand für die sektorübergreifende Energiewende bewertet.

Das Gutachten erwägt darüber hinaus, das aus dem Verbraucherschutz bekannte Vorsorgeprinzip auch in die Energie- und Umweltpolitik für den Gebäudesektor zu überführen. Entsprechend dürften weitere energetische Verschärfungen erst dann zur Umsetzung kommen, wenn eine wissenschaftliche Bewertung negative Effekte – also Fehlallokationen und damit einhergehende Misserfolge in der Energie- und Klimapolitik ebenso wie gesellschaftliche Schieflagen – ausschließt und dabei alle Perspektiven auch in ihren kausalen Wechselwirkungen berücksichtigt.

Das Gutachten steht auf der Internetseite [www.bid.info](http://www.bid.info) zum Download bereit.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter [www.bid.info](http://www.bid.info)